



HESSISCHER LANDTAG

07. 07. 2020

SIA,
RTA

Berichtsantrag

Christiane Böhm (DIE LINKE), Dr.Ulrich Wilken (DIE LINKE) und Fraktion Fixierungen ohne richterliche Anordnung in Unterbringungssituationen

Mit Urteil vom 24. Juli 2018 hat das Bundesverfassungsgericht zur Fixierung von Patientinnen und Patienten festgestellt, dass aufgrund der besonderen Eingriffsintensität die nicht nur kurzfristige Fixierung sämtlicher Gliedmaßen auch im Rahmen eines bereits bestehenden Freiheitsentziehungsverhältnisses als eigenständige Freiheitsentziehung zu qualifizieren ist. Die Fixierung löst den Richtervorbehalt abermals aus, sie ist von einer richterlichen Unterbringungsanordnung also nicht gedeckt. Aus Art. 104 Abs. 2 Satz 4 GG folgt ein Regelungsauftrag an den Gesetzgeber, verfahrensrechtliche Bestimmungen für die richterliche Anordnung freiheitsentziehender Fixierungen zu treffen.

Weder das Hessische Maßregelvollzugsgesetz noch das Hessische Psychisch Kranken Hilfe Gesetz sieht einen Richtervorbehalt bei Fixierungen vor. Bisher wurden keine Anpassungen vorgenommen.

Die Rechtslage in Hessen führt zu Unsicherheiten in der Richterschaft wie in den Kliniken. Dies macht auch der Vorlagebeschluss des Amtsgerichts Fulda an das Bundesverfassungsgericht vom 22. August 2019 – 88 XIV 380/19 L deutlich. Ebenso schildern Klinikleitungen, dass sie vergeblich Gerichte anrufen, die ihre Zuständigkeit nicht gegeben sehen.

Die Landesregierung wird vor diesem Hintergrund ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) sowie im Rechtspolitischen Ausschuss (RTA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie viele Fixierungen mit welcher Dauer sind seit dem 1. Januar 2019 im Maßregelvollzug bzw. in Einrichtungen nach dem PsychKHG durchgeführt worden und wie viele davon erfolgten mit vorheriger/nachträglicher richterlicher Anordnung?
2. Wenn keine richterliche Anordnung erfolgte, warum nicht?
3. Sind Gerichte angerufen worden, die sich aber nicht als zuständig erachtet haben bzw. sich auf eine fehlende Rechtsgrundlage berufen haben?
4. Sind aus diesem Grund Fixierungen ohne richterliche Anordnung vorgenommen worden, wenn ja, wie viele?
5. Sind aus diesem Grund Fixierungen unterblieben?
Wenn ja, wie viele?
6. Ist die aktuelle hessische Rechtslage ohne Richtervorbehalt im Zusammenhang mit Fixierungen in Unterbringungssituationen nach dem PsychKHG oder dem Maßregelvollzugsgesetz verfassungswidrig?
7. Auf welcher Rechtsgrundlage sollen die Gerichte über Fixierungen im Maßregelvollzug bzw. in Unterbringungssituationen nach dem PsychKHG entscheiden?
8. Ist eine Anpassung der Gesetze notwendig?
Wenn nein, warum nicht?
Wenn ja, warum ist die Anpassung noch nicht vorgenommen worden?
9. Was war der Hintergrund des Vorlagebeschlusses des Amtsgerichts Fulda vom 22. August 2019 – 88 XIV 380/19 L?

10. Ist es zulässig, auf Basis des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das zu einer Regelung in einem anderen Bundesland ergangen ist und dessen Übergangsfrist abgelaufen ist, zurückzugreifen, um als Richter eine Entscheidung zu treffen?
11. Besteht die Gefahr, dass Richterinnen oder Richter, die trotz fehlender gesetzlicher Regelung eine Entscheidung treffen, eine Amtsanmaßung begehen?
12. Welche Gerichte sind für die Anordnung von Fixierungen in welchen Kliniken konkret zuständig (bitte um tabellarische Auflistung)?

Wiesbaden, 7. Juli 2020

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Torsten Felstehausen

Christiane Böhm
Dr. Ulrich Wilken